



Gruppenerlebnis Häuser entwerfen: Für den zentralen Altstadtbereich sollte eine Alternative zu bürgerlichen Fachwerkträumen und renditegerechter Investorenbe-

bauung aufgezeigt werden. Ob mit dem Workshop der BDA-Gruppe Frankfurt eine kleinteilige Stadtmitte wahrscheinlicher geworden ist? Fotos: Uwe Dettmar, Frankfurt

Frankfurt am Main BDA-Workshop „Altstadt Frankfurt“

Schön war's, und eine Menge Spaß hat es auch gemacht. Die 32 BDA-Mitglieder, die mit Zeichenmaterial, Styropor und Laptop bewaffnet am Freitag, dem 5. Mai ins Technische Rathaus eingezogen waren, um übers Wochenende Entwürfe für die Frankfurter Altstadt auszuarbeiten, waren außerordentlich zufrieden. Hatten sie doch auf einem von der örtlichen BDA-Gruppe initiierten Workshop demonstriert, dass man eine kleinteilige, detailreiche, vielfältige Stadt auch mit zeitgenössischer Architektur bauen kann. Kenntnisreich und diszipliniert war über das Wie und Womit debattiert worden, man hatte sich auf das Gemeinsame verständigen können, ohne auf die individuelle Entwurfssprache zu verzichten. Während immer wieder mal ein paar interessierte Bürger sich ins Technische Rathaus verirrt und den Architekten über die Schulter schauten, zähmte der hessische Landesvorsitzende Michael Schumacher mit ansteckendem Charme manch Widerspenstigen und verpflichtete die Kollegen auf eine geschlossene Darstellung. Die Organisatoren hatten die Nutzung und die Gestaltungsrichtlinien vorgegeben, außerdem den Quartiersgrundriss parzelliert; Grundlage war der vom Stadtplanungsamt und vom Büro KSP Engel und Zimmermann weiterentwickelte Entwurf, mit dem KSP im September 2005 den städ-

tebaulichen Ideenwettbewerb für das Areal des zum Abriss vorgesehenen Technischen Rathauses und dessen Umfeld gewonnen hatte (Heft 39/2005). Viele Workshop-Teilnehmer fühlten sich in den Zeichensaal der Hochschule zurückversetzt, als man probierfreudig und ohne Konkurrenzdruck ein bewusst beschränktes Thema bearbeitete. Und am Ende konnten sie ein Stück „Bürgerstadt“ präsentieren, wie BDA-Landessekretär Manuel Cuadra sichtlich stolz erklärte. Gaudeamus igitur zum Wohle der Stadt. Auf der abschließenden Konferenz zollte denn auch sowohl der Leiter des Stadtplanungsamtes als auch der amtierende Stadtparlamentsvorsteher den Planern hohes Lob. Und selbst die Lokalpresse, sonst eher den traditionellen Formen liebenden Bürgern verpflichtet, reagierte positiv. Die Frankfurter Rundschau gratulierte zu „vielen knuffigen Ideen“, die Frankfurter Neue Presse applaudierte einer „gelungenen Teamarbeit“.

Ein voller Erfolg also? Ist dem „individualistischen und nicht uneitlen Berufsstand“, wie die FAZ schrieb, die „Rehabilitation gelungen“? War das die angemessene Antwort der Planerzunft auf einen imagepolitischen Supergau und Vertrauenslust, der sich am Main nach dem erwähnten Ideenwettbewerb zur Neubebauung des Areals ereignet hatte? Als in der Vorphase des Kommunalwahlkampfes ein Bauingenieurstudent aus dem benachbarten Offenbach als Befürworter einer historisierenden Neubebauung zum Liebling der fachwerkverliebten

Frankfurter avancierte und man den von dieser Entwicklung überraschten Architekten die Fähigkeit, Atmosphärisches, Kleinteiliges, Urbanes zu bauen, das der Geschichte dieses Ortes entspricht, pauschal absprach. Oder war die Aktion doch nur preaching to the saved? Oder, polemisch formuliert, Fassadenkosmetik von unpolitischen Häusermalern zur Beruhigung aufgeschreckter Bürger?

Zur Beantwortung dieser Fragen, zur Bewertung der BDA-Aktion – und das heißt der Möglichkeiten einer zumindest teilweise auf ehrenamtlicher Arbeit basierenden Standesorganisation – ist es nötig, die Vorgeschichte des Wettbewerbs zu beleuchten. 1994 zog der damalige Stadtkämmerer Tom Koenigs ein raffiniertes Steuersparmodell aus der Wundertüte, bei dem der Verkauf des Technischen Rathauses an die Deutsche Immobilien Leasing der Stadt 148 Mio. Mark bescherte. Der sale-and-lease-back-Vertrag sollte spätestens Ende 2006 mit dem Rückkauf des Gebäudes durch die Kommune enden. Dass dieses Vorhaben angesichts chronisch leerer Stadtkassen unrealistisch war, konnte man an den immer wiederkehrenden Vorschlägen erkennen, das Gebäude abzureißen und durch ein überdimensioniertes Luxushotel zu ersetzen.

Im Frühsommer 2005 galt der Abriss als beschlossene Sache, zwischen Kämmerer und Planungsdezernent (inzwischen beide CDU) entspann sich bereits ein Disput, ob man mit dem Verkauf des Grundstücks nicht auch Einnahmen für die

Stadt erzielen könnte. Während die Presse einige Politiker zitierte, die eine lange, emotionale Debatte um dieses Projekt prognostizierten, und die damalige DAM-Direktorin Ingeborg Flagge vor den aus der Hüfte schießenden „Cowboys der Architektur“ warnte, begann das Planungsamt überstürzt mit den Vorbereitungen des besagten Wettbewerbs. Wobei die Behörde nicht nur mit Erfolg versuchte, Bewerber und Teilnehmer zu beschränken, sondern die durch U-Bahn-Station, unterirdisches Parkhaus und archäologischen Garten ohnehin schon schwierige Aufgabe noch durch zahlreiche architektonische Vorgaben erschwerte. Die zu erzielende Fläche sollte gleichwohl mit rund 27.000 m² in etwa der des Technischen Rathauses entsprechen. Die Jury einigte sich einstimmig (also auch mit den Sachpreisrichtern der Regierungsfractionen) auf den investorengerechten Vorschlag des Büros KSP Engel und Zimmermann, obwohl dieser sich über zahlreiche Vorgaben hinwegsetzte, um mehr Fläche zu erzielen. Als mit der Veröffentlichung einer kühl-technokratischen Eckansicht aus dem Sieger-Entwurf plötzlich ein Sturm der Entrüstung losbrach, distanzierten sich die Koalitionsparteien von dem Projekt, während die Planer dem sich in Bürgerinitiativen organisierenden Protest außer einer chaotisch verlaufenden Diskussion im Architektur Museum wenig entgegenzusetzen hatten.

Die Gründe für das Abtauchen der Zunft waren teilweise hausgemacht: Organisa-

tion und Vorprüfung des Wettbewerbs lagen ausgerechnet in den Händen des Büros der Architektenkammer-Präsidentin. Auch der hessische BDA-Vorsitzende und der BDA-Landessekretär waren Teilnehmer des Wettbewerbs, so dass eine Kommentierung der Konkurrenz aus repräsentativem Standesvertretermunde stets mit dem Makel des schlechten Verlierers verbunden gewesen wäre. Der Frankfurter Fachwerkstreit machte inzwischen bundesweite Schlagzeilen, während die Kammer außer einer vier Tage nach dem Wettbewerb, also noch vor dem öffentlichen Sturm veröffentlichten, ziemlich nichtssagenden Presseerklärung, die weitere Realisierungswettbewerbe forderte, sprachlos blieb. Auch der BDA tat sich mit seiner Pressemitteilung keinen Gefallen. Unter dem provozierenden Titel „Unser Dorf soll schöner werden“ schilderte das Schriftstück nicht die Schwierigkeiten des Wettbewerbs, kritisierte nicht den Umgang der Politiker mit dem Verfahren, sondern beteiligte sich an einer Stildiskussion und war damit für den Dialog mit den aufgebrachten Bürgern wenig hilfreich. Dass die wahren Bedingungen, unter denen Architektur und Stadtplanung derzeit stattfinden, jenseits der Fachkreise kaum bekannt sind, musste jeder erfahren, der in diesen Monaten in formellen und informellen Zirkeln mit Interessierten diskutierte. Dass in dieser aufgeladenen Frankfurter Debatte den Standesorganisationen die Hände gebunden waren und keinerlei öffentliche Aufklärung be-

trieben wurde, ist schlichtweg ein Versäumnis.

Unter dieser Perspektive gilt das auch für den Workshop, der suggerierte, des Architekten Aufgabe bestehe darin, nette Häuschen zu entwerfen, und dass einzig Architekten die Gestalt einer Stadt verantworten. Eine Angabe zur Finanzierung des gemeinsamen Entwurfs wurde nicht gemacht und damit die Chance für eine effektive Beratung der politischen Öffentlichkeit vertan. Wenn denn die Bürger wüssten, was sie eine kleinteilige Altstadt kosten würde, wäre ein Beitrag zur Transparenz der Frankfurter Politik gemacht. So bleibt zu hoffen, dass wenigstens das Ergebnis dieser „einmaligen BDA-Aktion“ (Cuadra) sich als Maßstab, als Korrekturbild ins öffentliche Bewusstsein einbrennen wird. Zumal eine Reihe von Defiziten der bisherigen Planung aufgedeckt werden konnten – etwa bezüglich der Parzellenstruktur oder der zu hohen Dichte. Dass mit der Aktion die Angst des Bürgers vor den Architekten gesunken ist, bleibt dagegen zweifelhaft. Die Prognose ist nicht allzu gewagt, dass es, um Bürgervertrauen in Stadtplanung und Architektur zurückzugewinnen, noch weiterer solcher Brückenschläge bedarf und dazu eine Zusammenarbeit aller Standesorganisationen nötig ist. *Enrico Santifaller*